

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb
am 01.07.2025

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus
Beginn: 14:24 Uhr
Sitzungspause: -
Ende: 16:29 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald	
Herr Carsten Krumhöfner	Stellv. Vorsitzender
Frau Tanja Orłowski	
Frau Carla Steinkröger	
Herr Werner Thole	

SPD

Frau Dorothea Brinkmann	
Frau Karin Schrader	
Herr Sven Rörig	Vorsitzender
Herr Frederik Suchla	

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Michael Gorny
Herr Paul John
Frau Romy Mamerow
Herr Klaus Rees

FDP

Herr Jan Maik Schliffer	(ab 15:00 Uhr)
-------------------------	----------------

Die PARTEI

Herr Christian Loth	(ab 15:00 Uhr)
---------------------	----------------

Die Linke

Frau Brigitte Stelze	(ab 15:54 Uhr)
----------------------	----------------

BfB

Herr Dietmar Krämer	beratendes Mitglied
---------------------	---------------------

Von der Verwaltung:

Frau Koch	Beigeordnete Dezernat IV
Herr Hartwig	Stab Dezernat IV
Herr Bültmann	Kaufmännischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Harodt	Technische Betriebsleiterin Immobilienservicebetrieb
Frau Opitz	Steuerungsunterstützung Betriebsleitung Immobilienservicebetrieb
Frau Niestrath	Geschäftsführung Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb
Frau Weber	Team Controlling Immobilienservicebetrieb
Herr Fliege	Amtsleiter Bürgeramt
Herr Neuhaus	Abschnittsleiter Zentrale Vergabestelle, Amt für zentrale Leistungen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Rörig, eröffnet den öffentlichen Teil der 56. Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienservicebetrieb und begrüßt die Anwesenden. Herr Rörig stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Tagesordnung stellt er fest, dass diese um folgende Punkte zu erweitern sei:

- TOP 3 „Anfragen“,
 - o TOP 3.1: Anfrage Bündnis 90/Die Grünen „Zukunft des Kiosks am Kesselbrink“,
- TOP 7 „Einrichtung einer Servicestelle der Kommunalen Ausländerbehörde im Neuen Rathaus“
 - o TOP 7.1: Änderungsantrag der Ratsfraktionen CDU/SPD.

Der Erweiterung wird einstimmig zugestimmt.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes (54. Sitzung) mit dem Schul- und Sportausschuss

Zu der Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die öffentliche Niederschrift der gemeinsamen Sondersitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes (54. Sitzung) mit dem Schul- und Sportausschuss vom 20.05.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 55. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes am 20.05.2025

Zu dem öffentlichen Teil der Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die öffentliche Niederschrift der 55. Sitzung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes vom 20.05.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

.....

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Berichtsmatrix zu Schulbaumaßnahmen**

Über die schriftliche Mitteilung hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Zukunft des Kiosks am Kesselbrink**

Herr Rees zeigt sich enttäuscht, dass die Stellungnahme des ISB keine eindeutigen Antworten auf seine Nachfragen 1 und 2 enthalte. Hintergrund sei, dass die oberirdischen Aufbauten im Falle eines Rückbaus des Kiosks Auswirkungen auf das Parkhaus hätten. Dort befinde sich ein öffentlicher, überdachter und barrierefreier Zugang mit Fahrstuhl sowie Belüftungsanlagen zum Parkhaus. Zwar betreibe die Stadt das Parkhaus nicht selbst, es gehöre jedoch ihr und sie müsse daher die Zugänglichkeit und Infrastruktur gewährleisten.

Da der Pachtvertrag mit dem Handelsverband 2029 ende, gebe es verschiedene Meinungen, dass der gesamte Bereich danach abgebaut und somit eine freie Sicht auf den Jahnplatz geschaffen werde. In diesem Zusammenhang hätte Herr Rees sich eine klare Aussage des ISB gewünscht, dass dies nicht der Fall sein wird.

Seiner Ansicht nach würde eine weitere Überdachung des Bereichs unerwünschte Personengruppen anziehen. Deshalb bevorzuge er einen bewirtschafteten Kiosk, da dieser eine soziale Kontrolle ermögliche. Er nehme jedoch zur Kenntnis, dass die aktuelle Diskussion über die Zukunft des Kiosks nicht in den Zuständigkeitsbereich des ISB falle, sondern eine reine Pachtangelegenheit sei.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Beschluss zum Ankauf des Jahnplatztunnels aufheben (Antrag der FDP-Fraktion vom 27.05.2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10362/2020-2025

Die Diskussion findet unter Tagesordnungspunkt 23.3 statt.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Rat der Stadt Bielefeld zurückverwiesen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Ganzheitliche Schulentwicklungsplanung: Beschluss des Schulentwicklungsplans für die städtischen Förderschulen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9653/2020-2025/1

Herr Schlifter erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Suche und fragt insbesondere nach, ob die benötigten städtischen Gebäude verfügbar seien und der Zeitplan eingehalten werden könne. Frau Harodt erklärt, dass sie hierzu im Austausch mit dem Amt für Schule sowie mit möglichen Ersatzschulträgern stehe. Sobald Ergebnisse feststünden, könnten Informationen mitgeteilt werden.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des ISB nimmt zur Kenntnis:

- 1. Der Schulentwicklungsplan der Stadt Bielefeld für die städtischen Förderschulen für den Zeitraum 2024 – 2033 wird als Arbeitsgrundlage der Verwaltung beschlossen.**
- 2. Aufgrund der im Rahmen einer anlassbezogenen SEP festgestellten, erhöhten Platzbedarfe im Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung (GG), wird die Verwaltung beauftragt, so zeitnah wie möglich ab dem neuen Schuljahr die Platzkapazitäten im genannten Förderschwerpunkt zu erhöhen und darüber hinaus spätestens zum 01.08.2026 eine neue Förderschule mit dem Förderschwerpunkt GG zu errichten. Die Trägerschaft (Ersatzschulträger oder städtische Trägerschaft) ist dabei zu prüfen.**
- 3. Aufgrund der unabweisbaren Bedarfe in den Förderschwerpunkten Lernen und Emotionale und soziale Entwicklung ist zu prüfen, inwieweit diese durch einen Ausbau oder ein Interim an der Verbundschule Hamfeld-Kupferhammer abgedeckt werden können.**

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 6

Campus Gellershagen: Umbau und Erweiterung Sekundarschule, Neubau Grundschule und Neubau 3-fach Sporthalle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10201/2020-2025

Die dazugehörige Präsentation zum Umbau und zur Erweiterung des Campus Gellershagen ist im Gremieninformationsportal hinterlegt.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 7

Einrichtung einer Servicestelle der Kommunalen Ausländerbehörde im Neuen Rathaus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9858/2020-2025

Herr Fliege erläutert, dass die räumliche Situation im Neuen Rathaus aufgrund der langen, schmalen Flure und der beengten Wartesituation allgemein bekannt und problematisch sei. Mit rund 40.000 jährlichen Kundenkontakten verschärfe sich diese Situation erheblich.

Wie bereits in der Vorlage dargestellt, werde seit geraumer Zeit an einer Verbesserung gearbeitet, um im Neuen Rathaus geeignete Räumlichkeiten zu finden. Durch den Auszug der Tourist-Information sowie voraussichtlich der Stadtwache und der angrenzenden Räume der Betriebskrankenkasse – ergänzt durch einen kleinen Anbau – biete sich nun die Möglichkeit, großzügige Flächen für eine Servicestelle der Ausländerbehörde zu schaffen.

Diese neuen Räume mit knapp 850 Quadratmetern und 19 Bedienplätzen würden ausreichend Platz für die publikumsintensiven Bereiche bieten. Die Servicestelle solle als „kleine Bürgerberatung“ fungieren und vom räumlichen Charakter her an die Bürgerberatung erinnern.

Die Verbesserung der Bediensituation werde sowohl den Kunden als auch den Mitarbeitenden zugutekommen. Die Fachabteilungen wie Staatsangehörigkeitsangelegenheiten sowie Flüchtlings-, Asyl- und Visaangelegenheiten würden weiterhin in ihren angestammten Räumlichkeiten verbleiben.

Herr Krumhöfner nimmt Bezug auf den Vortrag und äußert, dass man bei einem Betrag von 4,3 Mio. € nicht mehr von einer „kleinen Bürgerberatung“ sprechen könne. Angesichts des wachsenden Flächenbedarfs im Rathaus stellt er die Frage, ob es keine alternativen Lösungen gebe. Der von den CDU- und SPD-Ratsfraktionen eingereichte Änderungsantrag zielt genau darauf ab. „Immer größer, immer mehr“ sei keine zielführende Vorgehensweise.

Herr Schlifter erklärt, dass die FDP-Fraktion die Skepsis teile. Er könne sich nicht vorstellen, dass durch den Änderungsantrag alternative Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt würden, und schlägt daher vor, die Entscheidung zu vertagen. Er gehe davon aus, dass die Planungen bereits abgeschlossen seien. Das Anliegen zur Verbesserung sei zwar berechtigt, jedoch müsse berücksichtigt werden, dass der Umbau und die Erweiterung erst in etwa drei bis vier Jahren abgeschlossen seien werden.

Seiner Meinung nach sollte vielmehr geprüft werden, ob in diesem Zeitraum durch effizientere Prozesse – beispielsweise durch Digitalisierung – zusätzlicher Platz in der bestehenden Bürgerberatung geschaffen werden könne, um die Servicestelle der Ausländerbehörde dort zu integrieren. So entstehe eine Bürgerberatung für alle Bürger und ein Anbau wäre überflüssig. Gleichzeitig würde man damit das Ziel verfolgen, die Serviceleistungen weiter zu verbessern. Er zeigt sich überrascht, dass beispielsweise Sparkassenfilialen zunehmend schließen und auf digitale Arbeitsweisen umstellen, während die Stadtverwaltung immer mehr neue Räume schaffen wolle. Deshalb unterstütze er den Änderungsantrag, der zudem um den Aspekt der Digitalisierung und Integration in die Bürgerberatung ergänzt werden sollte.

Herr Rees berichtet, dass das Thema im Integrationsrat bei Abwesenheit der CDU-Fraktion ausführlich und intensiv diskutiert wurde. Er zeige sich daher nun

überrascht über den Änderungsantrag, da sowohl die CDU- als auch die SPD-Fraktion der Vorlage zugestimmt hätten. Er selbst habe zusammen mit Herrn Schlifter dieselbe Position vertreten.

Das gemeinsame Ziel sei, eine einheitliche Bürgerberatung für alle zu schaffen, ohne eine Unterscheidung zwischen Bürgern erster und zweiter Klasse vorzunehmen. Dies sei das beste Willkommensprojekt, das man sich vorstellen könne. Daher stimme er Herrn Schlifter zu und ist der Meinung, dass im Änderungsantrag weitere Ziele benannt werden sollten – etwa, dass bis zum genannten Zeitraum (bis 2028) eine integrierte Lösung angestrebt werde. Zudem sollte berücksichtigt werden, dass diese integrierte Lösung auch vorhandene Räume mit einbeziehen könne. So wurde beispielsweise der Raum des Familienbüros im Neuen Rathaus für die ukrainischen Flüchtlinge genutzt und grundsätzlich spreche er sich dafür aus, solche Räume für diesen Zweck einzubeziehen.

Des Weiteren müssten alle diskutierten Maßnahmen mit Kosten hinterlegt werden. Man sollte nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen, wie es in der vorliegenden Vorlage der Fall sei. Derzeit gehe man davon aus, dass aktuell belegte Räume künftig frei würden, jedoch seien die entsprechenden Beschlüsse, etwa zum Umzug der Stadtwache, noch nicht gefasst. Daher sollte ein Zeitziel zur Umsetzung bis 2028 im Änderungsantrag verankert werden – ebenso wie die Berücksichtigung der Digitalisierung und deren Potenziale.

Die vorhandenen 21 Bedienplätze in der Bürgerberatung Mitte könnten seines Erachtens um fünf bis sechs Plätze für die Ausländerbehörde reduziert werden. Ein entsprechender Versuch sei sinnvoll und er plädiere für eine Ergänzung des Änderungsantrags. Dann würde seine Fraktion diesem zustimmen.

Frau Grünewald schlägt vor, die Prüfung der geplanten Erweiterung der Räumlichkeiten der Stadtwache in den Änderungsantrag der CDU- und SPD-Ratsfraktionen aufzunehmen. Es dürfe nicht davon ausgegangen werden, dass diese Erweiterung bereits beschlossen sei.

Herr Suchla plädiert hingegen dafür, den Beschlussvorschlag eher allgemein zu formulieren, wie es bereits im Änderungsantrag vorgesehen sei. Seiner Ansicht nach umfasse der aktuelle Prüfauftrag auch die von Herrn Schlifter genannten Punkte. Auch Herr Krumhöfner ist der Ansicht, dass der Antrag allgemein formuliert werden sollte. Eine offene Prüfung umfasse automatisch alle bisher diskutierten Aspekte, einschließlich der Frage, ob durch Digitalisierung zusätzlicher Raum geschaffen werden könne. Dies sei Teil einer umfassenden und sachgerechten Prüfung und somit bereits berücksichtigt. Er spreche sich daher für eine offene Prüfungsform aus.

Herr Rörig bittet zudem die genannten Aspekte in der noch anzufertigenden Niederschrift zu dokumentieren, damit die Verwaltung präzise nachvollziehen könne, welche Punkte geprüft und berücksichtigt werden sollen.

Herr Rees erklärt sich mit einer allgemeinen Prüfung einverstanden, sofern dabei ein konkreter Zeithorizont mit einer Zielsetzung vor 2028 festgelegt werde. Dabei betont er ausdrücklich, dass keinesfalls der Eindruck entstehen dürfe, die Anliegen der Menschen mit Migrationshintergrund würden nicht gewürdigt.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Die bisherigen Räume der Stadtwache, der ehemaligen Tourist-Info und BKK Seidensticker-Gildemeister im Neuen Rathaus sollen zu einer Servicestelle der Kommunalen Ausländerbehörde umgebaut und baulich erweitert werden.

Der ISB wird beauftragt die weiteren Planungsschritte einzuleiten.

Das Projekt ist bisher nicht im Bauprogramm verankert. Das Projekt ist in die Kategorie 2 (Laufende Projekte) einzuordnen.

Die bisher nicht veranschlagten Investitionskosten von ca. 4,3 Mio. € sind in den Wirtschaftsplan 2026 des ISB aufzunehmen. Im Haushaltsjahr nach der Fertigstellung der Baumaßnahme sind Umzugskosten und Kosten für die daraus folgenden Umstrukturierungen einzustellen.

Im Haushalt 2028 des Bürgeramtes ist ein Investitionskostenanteil für Möblierung vorzusehen.

- vertagt -

Zu Punkt 7.1

Änderungsantrag Servicestelle Ausländerbehörde

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10624/2020-2025

Die Wortmeldungen werden unter TOP 7 behandelt.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft, inwieweit die Immobilie für eine Servicestelle der Kommunalen Ausländerbehörde im Neuen Rathaus in der derzeitigen Planung räumlich geboten und ein Anbau erforderlich ist. Bis zur Vorstellung dieser Prüfung in den Gremien wird das Projekt zurückgestellt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

INSEK Sieker-Mitte Entwicklungskonzept Großmarkt hier: Abschlussbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10350/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

Das als Anlage zur Vorlage beigelegte Entwicklungskonzept soll als Arbeitsgrundlage für die Aufwertung und Weiterentwicklung des Großmarktes dienen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

**Ravensberger Park | Auslobung eines freiraumplanerischen Wettbewerbs
"Neugestaltung des Ravensberger Parks"**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10096/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

- 1. Die Auslobung des freiraumplanerischen Wettbewerbs für den Ravensberger Park wird europaweit bekannt gemacht.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Wettbewerbsverfahren als nichtoffenen Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren nach den „Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013“ durchzuführen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

„Auslobung des nichtoffenen Realisierungswettbewerbs Grüne Kammerratsheide für Stadtplanung und Landschaftsarchitektur“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10136/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

- 1. Die Auslobung des städtebaulich-freiraumplanerischen Wettbewerbs „Grüne Kammerratsheide“ wird europaweit bekannt gemacht.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Wettbewerbsverfahren als nichtoffenen Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren nach den „Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW 2013“ durchzuführen.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Aufhebung der städtischen Vergabegrundsätze

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10039/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die Allgemeinen Grundsätze über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bielefeld (städtische Vergabegrundsätze) vom 10.11.2011 werden aufgehoben.

Die Regelungen zu den Entscheidungs- und Zustimmungsbefugnissen bezüglich der Vergaben in der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Bielefeld vom 17.12.2009 werden aufgehoben.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

1. Tertialsbericht 2025 des Immobilienservicebetriebes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10255/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

- Der Betriebsausschuss ISB nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13

Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld (ISB) für das Wirtschaftsjahr 2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9776/2020-2025

Herr Krumhöfner teilt mit, dass die CDU-Fraktion zwar zustimme, sich jedoch gewünscht hätte, dass bei den Positionen 13 und 14 eine größere Summe im ISB verbleibe. Er könne jedoch nachvollziehen, dass auch der städtische Haushalt entlastet werden müsse. Für das hervorragende Geschäftsjahr bedankt er sich beim gesamten ISB.

Herr Bültmann weist darauf hin, dass die Beschlussfassungen der Bezirksvertretungen zu den im Wirtschaftsplan 2026 geplanten bezirksbezogenen Baumaßnahmen im Gremieninformationsportal hinterlegt seien. Diese seien in der Regel nahezu einstimmig erfolgt und enthielten auch einige Prüfaufträge für den ISB. So soll beispielsweise im Rahmen der Fassadensanierung der Stadtbibliothek der Anbau eines Wintergartens in Heepen geprüft werden.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des ISB empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld wie folgt zu beschließen:

- **Der Wirtschaftsplan 2026 des Immobilienservicebetriebes (ISB) wird beschlossen.**

- Der Aufnahme von Kassenkrediten bis zu einer Höhe von 50 Mio. € wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2024 des Immobilienservicebetriebes der Stadt Bielefeld (ISB) und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10032/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

Beschluss:

1. Der Betriebsausschuss des ISB stellt die Entlastung der Betriebsleitung fest.
2. Der Betriebsausschuss des ISB empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:
 - 2.1. Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der vorgenommenen Pflichtprüfung des Immobilienservicebetriebes durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Concunia GmbH, Münster, Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2024 mit einer Bilanzsumme von 1.112.292.121,86 € und einem Jahresüberschuss von 5.729.051,04 € in der geprüften Form fest.
 - 2.2. Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt, den Jahresüberschuss 2024 wie folgt zu verwenden:
 - einen Betrag in Höhe von 1.000.000,00 € in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO NRW für die zwingend notwendige Sanierung der Kunsthalle einzustellen
 - einen Betrag in Höhe von 1.725.000,00 € in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO für strategische Flächenankäufe einzustellen
 - einen Betrag in Höhe von 1.000.000,00 € in die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 EigVO für Maßnahmen zur CO₂-Reduktion einzustellen
 - einen Betrag in Höhe von 2.000.000,00 € an den städtischen Haushalt abzuführen
 - den Restbetrag in Höhe von 4.051,04 € in die Allgemeine Rücklage des ISB einzustellen.
 - 2.3. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Immobilienservicebetriebes fest.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

gez. Rörig, Vorsitzender BISB

gez. Niestrath, Geschäftsführung BISB